

Sächsisch Volkszeitung

Verlag: Carl Neubauer, Stuttgart
Für christliche Politik und Kultur
Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Klotz, 16, Goldschmidtstr. 46, Telefon 3722
und 3723

„Die Atmosphäre der Londoner Konferenz“

Die außenpolitische Linie bleibt gewahrt

Berlin, 23. Juli. Die gestrige Sitzung des Reichstages wurde mit folgender Rede des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann eröffnet:

Als ich am 18. Mai vor diesem hohen Hause die Sicherheitsfrage erörterte, habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dieser Frage dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus dieser Erwägung haben wir die Folgerung gezogen, positiv an der Lösung dieser Sicherheitsfrage mitzuwirken. Nachdem jetzt durch das deutsche Memorandum, die französische Note und unsere Antwort der Gesamtkomplex der Diskussion festliegt, darf man den Stand der Erörterung vielleicht in folgenden Punkten zusammenfassen.

Das Ziel dieser Erörterungen ist der Pakt mit Deutschland, nicht der Dreimächtepakt gegen Deutschland, sondern der von ihnen mit Deutschland zu schließende Pakt. Der Kernpunkt des angeführten Vertragswerkes bildet der in dem deutschen Memorandum angebotene wesentliche Garantiepakt. Zu diesem Garantiepakt kommt hinzu der weitere Ausbau des Systems von Schiedsverträgen. Das Vertragswerk tritt in Kraft nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Neben diesen Punkten, über die bereits jetzt ein wenigstens grundsätzliches Einverständnis festgestellt werden kann, bleiben noch sehr wichtige und maßgebende Einzelpunkte zu klären. Das gilt für die ganze Ausgestaltung des Sicherheitspaktes im einzelnen, insbesondere für den Ausbau der Schiedsverträge; das gilt in bezug auf unseren Standpunkt betreffend die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß und die ich als bekannt voraussetzen darf. Es gilt weiter insbesondere für das im Abschnitt 1 der Note klar dargelegte Verhältnis des Sicherheitspaktes zu den Bestimmungen über das Rheinlandabkommen.

Die sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden. Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, die das mit unserer Anregung erstrebte Endziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, steht auch über der Fortsetzung dieser Erörterungen doch

die Atmosphäre der Londoner Konferenz, die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems führte. In dieser Hoffnung und Erwartung bekräftigt uns die bedeutsame Tatsache der Ausräumung des Ruhrgebietes noch vor dem vertragmäßigen Termin. Wir haben die Gemüthsruhe erlangt, daß auch das im Frühjahr 1921 besetzte Sanktionsgebiet, nämlich die Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort demnächst geräumt werden. Die französische und die belgische Regierung haben sich in dieser ihrer Entscheidung, einmal die Londoner Vereinbarungen hierüber anzuerkennen und auch vor dem 16. August bereits das Ruhrgebiet zu räumen, auch nicht scheuen lassen durch die kräftigsten Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachzuweisen versuchte, daß der grundlegende französische Text die Befehlsmächte überhaupt nicht verpflichtete, bis zum 16. August die Ruhr zu räumen. Wenn in den letzten Wochen das Auswärtige Amt und die deutsche Reichsregierung ihre ganze Anstrengung darauf richteten, die Ausräumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit, in der wir in fortgesetzten Verhandlungen über die Bedeutung der Londoner Erklärungen standen, ein deutscher Reichstagsabgeordneter seinerseits vor der ganzen Öffentlichkeit auspricht, daß die Befehlsmächte gar nicht gezwungen wären, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einfach sachlich genommen falsch und gewiss vom Standpunkt der Wahrung nationaler Interessen unentwäglich von selten eines Mitgliedes dieses Hauses.

Gewiß, es handelt sich bei der Ausräumung um nichts anderes, als daß die Alliierten diesen Abmachungen, die deutscherseits strikte eingehalten worden sind, auch ihrerseits gerecht werden. Aber ich glaube, es wäre nicht nur für die deutsche Politik, sondern für unsere Beziehungen zu den Alliierten von einem dauernden Gewinn, wenn wir jene

Vertrauenskrise in der deutschen Öffentlichkeit überwinden könnten, die deshalb bestanden hat und zum Teil noch heute besteht, weil wir in bezug auf die Erfüllung der uns gemachten Zusagen im Laufe der letzten Jahre nicht verwöhnt worden sind.

Die Reichsregierung hat niemals einen Zweifel darüber geäußert, daß sie die festlich und materiell unendlich schweren Verpflichtungen der Entlassung vertragsgemäß zu erfüllen bereit sei. Das, was die Alliierten vertraglich von uns verlangen können, ist dabei die selbstverständliche Grenze, die wir ziehen müssen; denn der Versaillesvertrag mit seinen schon an sich unentwäglich schweren Bedingungen kann nicht auf die Dauer einseitiger Auslegung durch die eine Vertragspartei allein unterworfen sein.

Der Friede zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht nur eine französisch-deutsche, sondern er ist eine europäische Angelegenheit. Der letzte Weltkrieg hat meiner Meinung nach keine Sieger geschaffen, die ihres Sieges froh sein könnten. Der Krieg und die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln haben soziale, politische und wirtschaftliche Erschütterungen in Europa hervorgerufen, die die alten Kulturnationen direkt vor die Frage ihrer materiellen Weiterexistenz stellen. Wie haben auf der Londoner Konferenz den Versuch zur Lösung der Reparationsfrage gemacht. Die Sicherheitspaktidee ist der Versuch der Lösung der politischen Friedensfragen in Europa.

Eine gerade Linie der deutschen Außenpo-

litik führt über die Liquidation des uns aufgezwungenen Ruhekampfes hinaus über die Rücküberträge und die Ausbeutung des Ruhrgebietes zum Sachverständigen Gutachten und vom Londoner Reparationsplan zum Plane des Sicherheitspaktes. Deutschland hat jetzt eine

Friedensoffensive großen Stils begonnen, und der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß ihre Bestrebungen zu einem günstigen Erfolge führen mögen. In der Debatte, die sich an die Rede des Außenministers angeschlossen, machte

Abg. Dr. Kaas (Zentrum) bedeutsame Ausführungen, die die Stellung des Zentrums zum Sicherheitsvorschlag klar zum Ausdruck bringen. Prälat Dr. Kaas stellte vor allem fest:

Wir haben schon beim Eintritt der gegenwärtigen Regierung erklärt, daß wir uns für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik mehr als für irgend eine andere Komponente des heutigen Kabinetts verantwortlich fühlen, und daß wir uns nötigenfalls mit unserer ganzen parlamentarischen Kraft gegen eine wesentliche Umgestaltung dieser Linie einsetzen werden. (Hört, hört!) Die heutige Note erhält in Form und Inhalt die verhandlungsbereite Haltung der deutschen Außenpolitik, die wir von Anfang an als die einzig mögliche und richtige angesehen haben.

Wir bedauern das lange Schweigen des Außenministers, das uns die Mitverantwortung für seine Außenpolitik sehr erschwert hat. Wir brauchen eine aktive Außenpolitik, die wir uns nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innerpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsvisionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine europäische Tat. Wir erkennen damit die wesentliche Grenze des Versailles Vertrages an. Deutschland geht diesen schmerzlichen Schritt im Vertrauen auf den Sieg des Rechts und der zwischenmenschlichen Billigkeit.

Wir vermessen in der Note das Verlangen nach der Ausräumung Kölns, ebenso eine Voraussetzung gegen die Entlassung des Ruhrgebietes und die Befreiung des Sanktionsgebietes ohne den psychologischen Unterbau eines anderen deutsch-französischen Verhältnisses am Rhein. (Sehr richtig!) Nach dem Abschluß des Sicherheitspaktes ist das Verlangen nach der Ausräumung des Ruhrgebietes ein politischer Anachronismus schlimmster Art, ein überdeutliches Zeichen einer Gewalttätigkeit, deren Hebung gerade das vornehmste Ziel des Sicherheitspaktes bilden soll. (Nichtwendig ist eine

Generalabrechnung des Besatzungsregimes, die Geradestückung der Befehls-, die grundsätzliche Entfernung der letzten Truppen, der Verzicht auf die Schaffung neuer Unterbringungsbedingungen, planmäßiger Wiederaufbau des Behördensystems, Befestigung der überflüssigen Unterorgane, radikale Reform des Ordnungswesens und vor allem die Einhaltung eines Schiedsinstanz bei Streitfällen. Ein Rheinland ohne Ketten ist ein besserer Friedensmittler zwischen Deutschland und Frankreich, als die Vagante einer innerlich überlebten und von Tag zu Tag stürzender werdenden militärischen Besatzung.

Wir halten die Völkerbundfrage für außerordentlich wichtig und sehen den Augenblick herbei, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Völkerbund tritt, die bis jetzt nur eine Organisation der Siegerstaaten war.

Auf die Londoner Konferenz und die dort erzielten Erfolge hat sich der Außenminister in seiner kurzen, sachlich zusammengefaßten Rede mehrmals berufen. Mit Recht hat er betont, daß die heute erlangten Vorteile, vor allem die Ausräumung des Ruhrgebietes und der Sanktionsgebiete nichts sind als die Erfüllung der Zusagen, die in London durch die von Marx geleitete deutsche Delegation erreicht werden konnten. Mehr noch, der Außenminister wandt ausdrücklich für die Erörterungen über den Sicherheitspakt die „Atmosphäre der Londoner Konferenz“ herbei, er nennt also den außenpolitischen Kredit in Anspruch, der in London gewonnen worden ist. Er wird damit selbst zum Kronzeugen dafür, daß die günstige Aufnahme der deutschen Note in London zurückzuführen ist auf die Wiedererweckung des Vertrauens, das gerade von der englischen öffentlichen Meinung der Verantwortlichkeit des damaligen Kanzlers Marx gutgeschrieben worden ist.

Der Wille zu einem Sicherheitspakt ist die Fortsetzung der in London zum ersten Male zu Erfolge geführten Politik. Daß das Februar-Memorandum nach Einschauung des Zentrums zu weit ging, ist von uns oft genug betont worden. Um so mehr wird man mit dem Sprecher der Zentrumsfraktion, Prälat Kaas, feststellen können, daß die neue deutsche Note geeignet ist, die außenpolitische Linie, die vom Zentrum begonnen und fortgeführt worden ist, zu wahren. Daß Gefahr für die Einhaltung dieser Linie von rechts her droht, hat Stresemann selbst mit seinem Angriff gegen Reventlow deutlich genug gezeigt. Diese Warnung wird auch in den Reihen der Deutschnationalen verstanden werden. Die Fortführung der Verhandlungsbereitschaft unter Wahrung der deutschen Interessen ist die Voraussetzung dafür, daß die gegenwärtige Regierung vom Zentrum gestützt wird. Löhne die Einhaltung dieser außenpolitischen Linie ist überhaupt keine aufzuhebende Notwendigkeit. Es darf also eines der wichtigsten Gegenstände dieser außenpolitischen Debatte festgestellt werden, daß heute alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten und Bolschewiken, die außenpolitische Linie des Zentrums als die einzig mögliche anerkennen.

Zum Zollkompromiß

Von Kreisen der Reichstagsopposition der Zentrumspartei wird uns geschrieben:

Noch nie hat sich Deutschland in einer ähnlich schmerzlichen handelspolitischen Lage befunden wie gegenwärtig. Die früheren Handelsverträge sind meist organisch gewachsen. Die Entwicklung wurde im August 1914, also bei Kriegsausbruch, abgebrochen. Jetzt wurden alle hauptsächlichsten Lebensmittelpreise aufgehoben. Unterdessen hat Deutschland 11 Jahre handelsvertragslos gelebt. Es kam die Inflationszeit, in der mit Zöllen überhaupt nichts anzufangen war. Die ebenem erlassenen Ausfuhrverbote für landwirtschaftliche Produkte blieben bestehen, während daneben Einfuhrverbote für Industrieprodukte erlassen wurden. Das hat dahin geführt, daß der Erzeugerpreis für landwirtschaftliche Produkte unter den Weltmarktpreis herabgedrückt, während viele Industrieprodukte über den Weltmarktpreis gehoben wurden. Unterdessen haben sich die meisten Länder, mit denen Deutschland Gütertausch betreibt, mit hohen Schutzzöllen umgeben. Die industrielle Produktion ist während des Krieges in der ganzen Welt übersteigert worden. Es fehlt ihr daher gegenwärtig weitgehend an Absatzmöglichkeiten. In dieser Gesamtlage steht vielen Staaten das Interesse, mit Deutschland zu Handelsverträgen zu kommen. Deutschland aber braucht unbedingt Handelsverträge, um seine Ausfuhr zu steigern und einer drohenden ungeheuren Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Als Instrument zu solchen Handelsverträgen soll der gegenwärtige Zolltarif dienen, den der Reichstag verabschiedet hat. Um das unhaltbar gewordene Ein- und Ausfuhrsystem aufzuheben und um das Interesse fremder Staaten, mit Deutschland Handelsverträge abzuschließen, anzuspornen, muß Deutschland hohe autonome Zölle für Industrie- und Agrarprodukte aufstellen, damit fremde Staaten zu der Teilnahme kommen, daß es auch in ihrem Interesse besser ist, mit Deutschland Handelsverträge abzuschließen, als die hohen autonomen Zölle beim Einlaß fremder Waren in deutsches Gebiet zu entrichten. Und um die Höhe dieser autonomen Zölle für Industrie- und Agrarprodukte und um die Mindestzölle für bestimmte Agrarprodukte dreht sich der Streit um den Zolltarif. Auf diesem Hintergrund muß das Kompromißbedeutend sein, das zwischen den Parteien, die die Regierung stützen, in den letzten Tagen nach mühsamen Verhandlungen zustande gekommen ist; es hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

1. Der gegenwärtig zur Beratung stehende Zolltarif soll bis zum 31. Juli 1927, also für zwei Jahre, gelten. Er soll also infolge der unübersichtlichen Weltmarktlage und der Lage im Innern Deutschlands als Übergangstarif angesehen werden.

2. Der Übergangscharakter des Zolltarifs soll nach dadurch verstärkt werden, daß die Reichsregierung in Verbindung mit dem Reichsrat und dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstages die vorgesehenen autonomen Zölle ändern kann.

3. Es werden keine Mindestzölle für Getreide vorgeschrieben. Wohl sind bei den Besprechungen zwischen den die Regierung stützenden Parteien Sätze von 3 und 3,50 Mark (früherer Vertragsatz 5, und 5,50 Mark) für den Doppelzentner Roggen und Weizen genannt worden. Die Oppositionspresse hat daraus „geheime Mindestzölle“ konstruiert. Davon kann keine Rede sein. Die die Regierung stützenden Parteien haben überhaupt keine Einheit, manche haben die genannten Sätze als Höchstzölle für Vertragsstaaten, andere mögen sie als Mindestzölle angesehen haben. Das Entscheidende ist jedenfalls, daß diese Sätze wesentlich niedriger sind, als wie sie die Reichsregierung am 1. August 1923 als Dauerzustand vorgeschrieben hatte. Für Braugerste und Hafer sollen die gleichen Zölle gelten wie für Roggen. Die Futtergerste ist ein Zollsatz von 1,-- Mark und für Mais mit Rücksicht darauf, daß durch ihn nicht die deutsche Kartoffelproduktion zurückgedrängt werden solle, ein Zollsatz von 2,20 Mark pro Doppelzentner in Aussicht genommen worden. Die Futtergerste selbst muß in Deutschland gebrochen werden. Der Wehrzoll soll auf 8,-- Mark festgelegt werden, um die Wehereinfuhr zu erschweren und um zu verhindern, daß deutsche Weizen wie in der Gegenwart auch künftig größtenteils brachliegen.

4. Weil der Landwirtschaft Mindestzölle für Getreide, die sie in den letzten Jahrzehnten stets hatte, nicht zugestanden wurden, wurden ihr Mindestzölle für Vieh und frisches Fleisch eingeräumt. Diese betragen für lebende Minder und Schafe pro Doppelzentner 13,-- Mark, für Schweine 11,50 Mark. Diese Mindestzölle sind höher, wie beim letzten Zolltarif, wo sie 8,-- und 9,-- Mark betragen. Die früheren Mindestzölle für lebendes Vieh hatten indes keine praktische Bedeutung, weil ebendem die veterinärpolizeilichen Bestimmungen sehr streng waren, so daß lebendes Vieh so gut wie nicht eingeführt wurde. Es gelangte also früher in stärkerem Maße frisches Fleisch zur Einfuhr. Die Zollsätze dafür betragen 27,-- Mark; jetzt sind die Zollsätze auf 24,-- Mark für Minderfleisch und 21,-- Mark für Schweinefleisch pro Doppelzentner festgelegt. — In den letzten Jahren hat die Einfuhr von Gefrierfleisch stark zugenommen, das größtenteils von Hotels und Wirtschaften aufgenommen worden ist. Das soll künftig verhindert werden, dafür aber den Minderfleischhändlern über die Gemeinden und Konsumvereine das Gefrierfleisch in gleichem Umfang wie bisher zollfrei überlassen werden. Ebenso